

Quelle: Rheinischer Merkur  
(Nr. 17, 28.04.2005)

HAUSHALTE / Salzgitters betriebswirtschaftliche Bilanzmethode hat  
Vorbildcharakter

Mehr Soll als Haben

von: POLLY SCHMINCKE

Auf einer übersichtlichen DIN-A4-Seite präsentiert die Stadt Salzgitter seit Anfang der Woche, wie es um ihre Finanzen bestellt ist. Die entscheidende Position in der Bilanz, die für jeden lesbar im Internet steht: das negative Basis-Reinvermögen, ein Minus von knapp 4,4 Millionen Euro.

Stadtkämmerer Ekkehard Grunwald hat erstmals mit der Methode der doppelten Buchführung (Doppik) bilanziert, auf die alle Kommunen ihr Rechnungswesen bis 2012 umstellen müssen. Am Montag stellte der CDU-Politiker das traurige, aber transparente Ergebnis gemeinsam mit Oberbürgermeister Helmut Knebel in Hannover vor.

Seit Jahrhunderten bilanzieren die deutschen Gemeinden nach den Regeln der Kameralistik, die nur Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellt. Mit der an kaufmännische Buchführung angelehnten Doppik wird nun auch das Vermögen und dessen Schwund betrachtet. Die Bilanz soll die Folgekosten politischer Entscheidungen deutlicher zeigen, also ob sie

das Vermögen der Stadt reduziert oder vermehrt haben: Streicht eine Kommune etwa Mittel für die Instandhaltung eines öffentlichen Schwimmbads, wird das nun als Vermögensverlust verbucht, weil das Bad durch unterlassene Arbeiten an Wert verliert. Oberbürgermeister Knebel rechnet damit, dass sich Haushaltsberatungen stark ändern werden.

Die Städte fordern schon seit Jahren eine Reform des kommunalen Rechnungswesens. Es ist heute nicht mehr zu akzeptieren, dass die öffentlichen Verwaltungen keine Aussagen zu ihrem vollständigen Ressourcenverbrauch einschließlich Abschreibungen und künftigen Pensionslasten oder zu ihrem Vermögen treffen können, sagt Monika Kuban, Vizeschäftsführerin des Deutschen Städtetages. Das neue Rechnungswesen wird diese Mängel beseitigen.

Jetzt können wir endlich ehrlich diskutieren, sagt auch Salzgitters Kämmerer Ekkehard Grunwald. Die neue Buchführung mache die tatsächliche Vermögenssituation transparent. Vor allem auch gegenüber dem Bund könne damit deutlich gemacht werden, wie viel ein Bundesgesetz eine Kommune kostet. Sei es die Verpflichtung, allen Kindern einen Kindergartenplatz zur Verfügung zu stellen, oder der neue digitale Polizeifunk. Die lassen sich Sachen einfallen, damit sie wiedergewählt werden, und wir müssen bezahlen, sagt Grunwald. Er und Oberbürgermeister Knebel hoffen auf ein Umdenken in Hannover und Berlin: 90 Prozent der Finanzen bestimmt nicht die Stadt. Nun können wir Land und Bund belegen, was uns ihre Beschlüsse kosten. Sie sollen endlich die Zechen bezahlen, die sie bestellen.

Die Schulden der 108 000-Einwohner-Stadt übersteigen inzwischen ihr materielles und immaterielles Vermögen von Anteilen an Unternehmen

über Grundstücke, Lizenzen, Straßen bis hin zu Vorräten. Wäre die Stadt ein Unternehmen, müsste sie Insolvenz anmelden. Noch aber stehen die Bundesländer für die Schulden ihrer Gemeinden ein, was auch die Kreditzinsen niedrig hält.

Die Innenministerkonferenz hat beschlossen, das kommunale Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik umzustellen. Spätestens im Jahr 2012 müssen die Kommunen die neuen Regeln anwenden. In Nordrhein-Westfalen etwa läuft die Frist allerdings nur bis 2008, in Hamburg geht es schon 2006 los.